

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **85 (2007)**

Heft 3

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

EDITORIAL

Das Thema Jugendgewalt hat den nationalen Wahlkampf nun zwar nicht derart monopolisiert, wie noch vor wenigen Monaten befürchtet werden musste – den Geheimplänen sei dank. Dennoch erhalten Gewalttaten sowohl jugendlicher als auch erwachsener Täter in letzter Zeit erhöhte mediale Präsenz. Und die Vorstellungen von rechts, wonach «antiautoritäre» Erziehung, lasche Strafjustiz und – wie könnte es anders sein – mangelnde Ausländerintegration schuld an der Misere seien, werden zunehmend auch in linksliberalen Milieus kolportiert.

Aber gibt es überhaupt eine reale Zunahme von Gewaltdelikten, nota bene von Jugendlichen? Zweifel sind, wie der Beitrag des Chefs der Neuenburger Kriminalpolizei belegt, mehr als angebracht. Stellt sich die Frage, weshalb die Debatte um die Jugendgewalt denn überhaupt aufgekommen ist, im Vorfeld der Wahlen 2007.

Wahlen können als einigermaßen zivilisierte Form der Neuverteilung der politischen Macht in einem Land betrachtet werden: Statt mit Schwertern ins Feld zu ziehen, liefern sich Parteien und KandidatInnen immer aufwändigere Werbeschlachten. Die Wortwahl zeigt, dass die Gewalt als ein Mittel der Macht – sprachlich sublimiert – noch immer manifester Bestandteil der politischen Auseinandersetzung ist. Aber man kann sich durchaus fragen, welcher Fusstritt gesellschaftlich gesehen schädlicher ist, der einzelne eines ausrastenden Jugendlichen gegen einen anderen oder jener massenhaft plakatierte gegen die schwarzen Schafe.

Die Redaktion beabsichtigt mit dieser RR, den Zusammenhang zwischen Macht und Gewalt als eminent politischen zu erhellen. Fabrizio Moser versucht einführend, die macht- und gewalttheoretischen Ansätze von Weber, Elias, Foucault, Horkheimer/Adorno und Arendt miteinander zu verknüpfen. Das dabei entworfene Erklärungsmodell erweist sich als überraschend tragfähig, wie die Beiträge zur Jugendkriminalität (Guéniat), Gewalt im Schulkontext (Kassis), Macht des Patrons (Laubscher/Johansson), Gewalt in der Psychiatrie (Rufer) und zur Macht der heterosexuellen Norm (Rööfli) zeigen: Während die individuelle Gewalt eindeutig zurückgeht, nimmt die strukturelle Gewalt von Institutionen erheblich zu.

Die Gewaltdebatte verkehrt diese Entwicklung ins Gegenteil: Die angeblich gefährlichen Einzelnen sollen durch Disziplin, Anpassung (sprich «Flexibilität»), Gehorsam, Normierung und harte Sanktionen sozial diszipliniert werden. Dazu gehört auch der Ausbau der Sicherheits- und Bespitzelungsapparate. Auch wenn dieses politische Programm der Einschüchterung heute nicht in Springerstiefeln, sondern in populistisch gefärbten Nadelstreifen daherkommt, müssten eigentlich die Alarmglocken läuten. Die Linke ist deshalb gut beraten, sich auf ihr liberales Erbe zu besinnen: die Bewahrung der individuellen Freiheit.

Die Redaktion

P.S.: Unterlagen zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» finden sich auf www.spschweiz.ch, Rubrik «Armeewaffen ins Zeughaus!».